



Nr. 4/27.01.2010

## Aktuell

### **Workshop. Fit für Partizipation.**

In Nordrhein-Westfalen leben viele russischsprachige junge Zugewanderte aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Ihre Lebenssituation ist sehr heterogen. Die meisten von ihnen kommen aus Großstädten, haben einen hohen Bildungsstand und sind gut integriert. Das zeigt sich u.a. auch in ihrem gesellschaftlichen Engagement, zum Beispiel in Migrantenorganisationen. Es gibt jedoch auch einige, die sich schwerer damit tun, sich zu integrieren. Manche ziehen sich ganz in ihre Gruppe zurück.

Es ist Aufgabe der Jugendarbeit und der politischen Bildung, diesen Jugendlichen den Zugang zur Gesellschaft zu erleichtern und Partizipation zu ermöglichen. Um russischsprachige Jugendliche für Jugendarbeit zu gewinnen, bedarf es konkreter Ansprache und interessanter Projekte. Ziel der Veranstaltung „Fit für Partizipation“ ist es, russischsprachige Jugendliche für ein Partizipationsprojekt als „Demokratielotsinnen und -lotsen“ zu begeistern. Als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sollen sie ihr Wissen über politische und gesellschaftliche Teilhabe an andere russischsprachige Jugendliche weitergeben.

Die Auftaktveranstaltung vom 26. bis 28. Februar 2010 in Oerlinghausen gibt einen Einblick in die erlebnisorientierten, interaktiven Methoden, die sie später in der Rolle als Demokratielotsen selbst einsetzen werden. Jugendliche, die sich im Anschluss an die Auftaktveranstaltung für eine Teilnahme an dem Projekt entscheiden, erwerben auf mehreren Wochenendseminaren inhaltliche und methodische Kompetenzen. Danach können sie aktiv in die Jugendarbeit mit russischsprachigen Jugendlichen eingebunden werden.

Weitere Informationen zur Auftaktveranstaltung finden Sie im Flyer unter <http://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/veranstaltungsprogramme/2009/37.pdf>.

### **Anwerbung, Integration und Rückkehr - Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland seit den späten 1950er Jahren**

Am 29./30. März 2010 jährt sich zum fünfzigsten Mal die Unterzeichnung des deutsch-spanischen sowie des deutsch-griechischen Anwerbeabkommens. Sie leiteten – nach dem ersten bundesdeutschen Abkommen dieser Art 1955 mit Italien – den Abschluss einer ganzen Reihe weiterer Verträge zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vor allem aus Mittelmeer-Anrainerstaaten ein (Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien, Jugoslawien).

Aus Anlass des Jubiläums veranstalten die Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien IMIS der Universität Osnabrück und das Departamento de Historia Contemporánea der Universidad Complutense de Madrid am 29./30. März 2010 in Nürnberg eine Tagung, um aktuelle Ergebnisse der Forschung zur Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland zusammenzuführen und neue Fragen zu formulieren. Der Schwerpunkt der Tagung liegt dabei auf verschiedenen Aspekten der Anwerberpolitik (auch in europäischer Perspektive), Rückwirkungen in den Herkunftsländern, dem Arbeitsmarkt und Auswirkungen der Zuwanderung in den Städten.

Das vollständige Programm erhalten Sie unter:

[http://www.bamf.de/clin\\_092/nm\\_442764/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Publikationen/flyer-tagung-anwerbung.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/flyer-tagung-anwerbung.pdf](http://www.bamf.de/clin_092/nm_442764/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Publikationen/flyer-tagung-anwerbung.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/flyer-tagung-anwerbung.pdf)

## **»Heimspiel in zwei Welten«**

Vom 5. bis 18. April 2010 findet in Pécs/Fünfkirchen (Ungarn) eine Theaterwerkstatt im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 statt. Es handelt sich um eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa und der Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher (GJU).

Schwerpunkt der Werkstatt ist die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Leben zwischen zwei oder mehr Kulturen. Die ungarischen Teilnehmer gehören der deutschen Minderheit an. Aus Deutschland werden junge, spielbegeisterte Menschen zwischen 17 und 20 aus dem Ruhrgebiet mit mindestens einem türkischstämmigen Elternteil gesucht. Die zukünftigen Teilnehmer sollten sich durch Mut, Disziplin, Fairness, Sensibilität, Ausdauer und Experimentierfreude auszeichnen.

Thema der Werkstatt sind die alltäglichen Träume, Erwartungen und Erfahrungen der Teilnehmer aus Deutschland und Ungarn. Diese werden diskutiert und gemeinsam spielerisch reflektiert. Unter der Leitung des Regisseurs Boris Friedewald (Berlin) und der Choreographin Sermin Kayik (Bochum) wird mit dem von den Teilnehmern erarbeiteten Material ein experimentelles Stück entwickelt und in Pécs aufgeführt.

Die Bewerbung sollte neben einem Steckbrief zur Person ein Foto und eine Begründung des Teilnahmewunsches enthalten und per E-Mail an [buro@gju.hu](mailto:buro@gju.hu) gesendet werden. Bei Fragen kann man sich ebenfalls an diese Adresse wenden, weitere Informationen gibt es auf [www.gju.hu](http://www.gju.hu). Bewerbungsschluss ist der 31.1.2010.

Ein Casting mit erstem Kennenlernen der Choreographin und des Regisseurs findet etwa Mitte Februar 2010 im Ruhrgebiet statt. Die Werkstatt wird vom 5. bis 18. April 2010 in und um Pécs durchgeführt. Umgangs-, Arbeits- und Bühnensprache ist Deutsch. Die Freistellung von der Schule wird von den Organisatoren beantragt. Anreise, Unterkunft und Verpflegung sind frei, die Teilnahmegebühr beträgt 50,- €

Weitere Informationen:

Ariane Afsari

Deutsches Kulturforum östliches Europa

T. 0049 (0)331-20098-38

E-Mail: [afsari@kulturforum.info](mailto:afsari@kulturforum.info)

## **Arbeitskonferenz „Studierende mit Migrationshintergrund: Impulse für diversitätsgerechte Entwicklungen an den Hochschulen“ – 08./09.02.2010**

Anlass zu dieser Konferenz ist die Besorgnis erregende Tatsache, dass fast jeder zweite Studierende mit Migrationshintergrund die Hochschule ohne Abschluss verlässt. Zudem sind diese Studierenden, laut der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Korrespondierende Schlussfolgerungen können für alle Studierenden aus bildungsfernen Schichten angenommen werden.

Um diesen Befunden in Zukunft wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Studierenden mit Migrationshintergrund entgegenzusetzen zu können, werden auf der Konferenz zahlreiche Facetten zu diesem Themenkomplex erörtert. Referentinnen und Referenten aus In- und Ausland werden ihre bereits angewandten Projekte, deren praktische Umsetzung, Finanzierung, Probleme und Erfolge vorstellen. In den vorgesehenen Workshops wird ausreichend Zeit vorhanden sein, um an Entwicklungen für neue Projekte an der eigenen Hochschule zu arbeiten.

Die Konferenz findet statt am 8. und 9. Februar 2010 im Design Center der Fachhochschule Hannover, Expo Plaza, Hannover.

Teilnehmen können an dieser Konferenz Entscheidungsträger/innen der niedersächsischen Hochschulen, ihrer Fakultäten und Fachbereiche, Mitarbeiter/innen der zentralen und dezentralen Serviceeinrichtungen sowie sonstige Personen, die mit dem Thema befasst sind.

Anmeldungen waren möglich bis zum 21. Dezember 2009. Für einzelne Bestandteile der Konferenz (Vorträge, Podiumsdiskussionen etc.) sind jedoch weiterhin Anmeldungen mit dem als Download zur Verfügung stehenden elektronischen Anmeldeformular (Word-Dokument) möglich. Nähere Informationen hierzu finden Sie unter <http://www.studieren-in-niedersachsen.de/arbeitskonferenz-migrationshintergrund.htm>.

## **AGG & Co - Gleichbehandlungsstrategien für Betriebs- und Personalräte**

Vom 15. - 18. März 2010 findet in Hamburg-Sasel eine Veranstaltung des DGB zum Thema Antidiskriminierungsgesetz statt.

Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ist Gleichbehandlung ein wichtiges Thema für Betriebs- und Personalräte. Sie müssen mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht stärker von den Auswirkungen der Krise betroffen werden als vergleichbare Arbeitnehmendengruppen. Dazu stehen ihnen verschiedene Mittel zur Verfügung. In dem Workshop erarbeiten Betriebs- und Personalräte, wie sie Gleichbehandlung von Menschen mit Migrationshintergrund fördern können. Dazu erhalten sie einen kurzen Einblick in die rechtlichen Grundlagen. Schwerpunkt des Seminars ist die Erarbeitung betrieblicher Handlungsmöglichkeiten.

Alle Informationen erhalten Sie unter [http://www.migration-online.de/beitrag\\_aWQ9NjKxMg\\_.html](http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9NjKxMg_.html).

## **Im Unterricht beim Landesintegrationsbeauftragten**

Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen, gestaltete im Dezember eine Unterrichtsstunde für zukünftige Sprach- und Integrationsmittler (SprInt).

Insgesamt 38 Migrantinnen und Migranten, die nach der 18-monatigen Qualifizierung überall dort eingesetzt werden sollen, wo zwischen deutschen Fachkräften und zugewanderten Bürgern sprachliche und kulturelle Verständigungsprobleme auftreten, nahmen an der Veranstaltung teil. Eingeladen wurde der Integrationsbeauftragte von den Trägern der Bildungsmaßnahme, der Diakonie Wuppertal und dem Pädagogischen Zentrum in Aachen. Die SprInt-Teilnehmer beider Städte lernten sich auf der Veranstaltung erstmals persönlich kennen.

Weitere Informationen über die Veranstaltung finden sich im Internet unter [http://www.sprint-wuppertal.de/cms/index.php?option=com\\_content&view=article&id=15:im-unterricht-beim-landesintegrationsbeauftragten&catid=5:aktuell&Itemid=4](http://www.sprint-wuppertal.de/cms/index.php?option=com_content&view=article&id=15:im-unterricht-beim-landesintegrationsbeauftragten&catid=5:aktuell&Itemid=4)

## **Workshop für den journalistischen Nachwuchs**

"Generation Global. Einheit. Nachhaltigkeit. Krise - Unsere Themen, unsere Perspektive" wird beim achten Jugendmedienworkshop das Motto sein. Sechs Tage lang, vom 14. bis 19. März 2010, bekommen 40 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten die Möglichkeit, sich in der Hauptstadt und bei den Hauptstadtmedien umzusehen.

"Bewerben kann sich jeder, der 16 bis 20 Jahre alt ist und einen Artikel zu den vorgegebenen Themen schreibt", erklärt Jonas Fischer von der Jugendpresse Deutschland. Zur Auswahl stehen die Themen "Generation Globalisierung", "Generation Krise", "Generation Nachhaltigkeit" und im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit auch das Thema "Generation Einheit", die die zwei deutschen Staaten nur aus Erzählungen kennt.

Zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Bundestag organisiert die Jugendpresse den Workshop, der den 40 Teilnehmern die Gelegenheit bietet, einen Einblick in das politische Berlin zu bekommen, Abgeordnete zu treffen und einen Tag lang den Redaktionsalltag eines Fernseh- oder Hörfunksenders oder einer Zeitung aus der Nähe zu beobachten. Alle Teilnehmer werden außerdem einen Artikel schreiben, der dann in der gemeinsamen Zeitung veröffentlicht wird.

Wer teilnehmen möchte, kann sich in der Zeit vom 15. Dezember 2009 bis zum 31. Januar 2010 über die Internetseite der Jugendpresse mit seinem journalistischen Beitrag (Printbeiträge bis zu einer DIN-A-4-Seite, Audio/Video bis zu drei Minuten) bewerben. Alle Informationen stehen bereit unter:

[http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2009/28124206\\_kw51\\_medienworkshop/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2009/28124206_kw51_medienworkshop/index.html)

## **Fotografie & Imaging: Deutscher Jugendfotopreis 2010**

Der Deutsche Jugendfotopreis lädt Kinder und Jugendliche, die nicht älter als 25 Jahre alt sind und noch nicht beruflich fotografieren, ein, ihre besten Bilder zu präsentieren. Damit alle gleiche Chancen haben, gibt es 4 Altersgruppen (bis 10, 11-15, 16-20, 21-25 Jahre).

Bis zum 01. März 2010 können Ideen entwickelt und Projekte umgesetzt werden und die Fotos per Post oder als Upload eingeschickt werden. Neben dem "Allgemeinen Wettbewerb" mit freier Themenwahl gibt es ein Sonderthema: "Wunderland". Auf fotografische Weise – oder mit digitaler Medienkunst in der Imaging-Kategorie "Next Level". Hier sind digitale Bild-Erfindungen zum Sonderthema "Wunderland" gefragt. Zudem gibt es einen Bereich für Fotoprojekte in Schulen und den Preis für die beste Foto-Reportage. Die besten Bilder werden auf der photokina, der Weltmesse für Fotografie und Imaging ausgestellt. Weitere Infos und die Teilnahmebedingungen finden sich unter <http://www.jugendfotopreis.de/mitmachen/ausschreibung.htm>.

## **Termine**

Termin: Empfang anlässlich des 60. "Indian Republic Day"  
Datum: 29. Januar 2010, 17:00 Uhr  
Tagungsort: Heinrich Deichmann-Schuhe, Deichmannweg 9, Essen  
Der Integrationsbeauftragte nimmt an der Veranstaltung teil.

Termin: Veranstaltung "Wir stellen uns vor"  
Datum: 30. Januar 2010, 17:00 Uhr  
Tagungsort: Stolzestraße 1a, Köln  
Der Integrationsbeauftragte spricht im Rahmen der Veranstaltung, bei der Vereine, Initiativen und Selbsthilfe-Organisationen von Spätaussiedlern, Kontingentflüchtlingen und Zugewanderten im Großraum Köln ihre Arbeit präsentieren, ein Grußwort.

Termin: Veranstaltung "Wir alle sind Kerpen"  
Datum: 31. Januar 2010, 15:00 Uhr  
Tagungsort: Jahnplatz 1, Kerpen  
Der Integrationsbeauftragte hält im Rahmen der Veranstaltung zur Wahl des Integrationsausschusses eine Rede.

Termin: Werkstattgespräch "Vertrieben, aber nicht vergessen - Erinnerung lebendig halten"  
Datum: 01. Februar 2010, 16:00 Uhr  
Tagungsort: Landtag Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, Düsseldorf  
Der Integrationsbeauftragte nimmt teil.

Termin: Fachtagung des Märkischen Kreises "Vorschulische Sprachförderung als Baustein kommunaler Bildungsnetzwerke"  
Datum: 03. Februar 2010, 13:00 Uhr  
Tagungsort: Hansa-Berufskolleg, Hansaallee 19, Iserlohn  
Der Integrationsbeauftragte hält eine Rede.

## Publikationen

### klicksafe.de

klicksafe.de hat Informationsbroschüren zu den Themen "Abzocke im Internet", "Internettipps für Eltern" und "Internettipps für Jugendliche" in Deutsch, Türkisch und Russisch herausgegeben. Alle Broschüren erhalten Sie unter <https://www.klicksafe.de/materialien/index.html>.

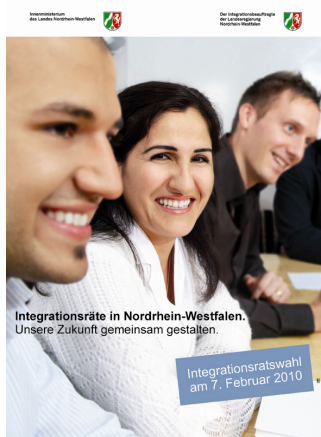
### Anerkennung von Migrantenselbstorganisationen als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII

Migrantenselbstorganisationen, die Verantwortung innerhalb des Aufgabenspektrums des Kinder- und Jugendhilfegesetzes übernehmen, können sich in die institutionellen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe einbringen. Dadurch kann ihr Engagement wirksamer und dauerhafter werden. Die Mitwirkung, Beteiligung und Förderung von Migrantenselbstorganisationen als anerkannte Träger der Jugendhilfe soll dazu führen, dass Maßnahmen und Projekte der Migrantenselbstorganisationen nicht mehr als Ausnahme, sondern als Regelfall empfunden werden.

Die Broschüre will Migrantenselbstorganisationen auf die Möglichkeit aufmerksam machen, anerkannte Träger der freien Jugendhilfe zu werden. Zugleich informiert sie über die Schritte, die dafür nötig sind.

Die Broschüre kann im Internet ([www.mgffi.nrw.de/publikationen](http://www.mgffi.nrw.de/publikationen)) oder telefonisch (01803-100110 - 9 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz - Mobilfunkpreise können abweichen) bestellt werden oder im Internet heruntergeladen werden:

[http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/70455/erkennung\\_von\\_migrantenselbstorganisationen.pdf](http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/70455/erkennung_von_migrantenselbstorganisationen.pdf)



### Poster zur der Wahl der Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen

Anlässlich der Wahl der Integrationsräte am 7. Februar 2010 können Sie das Plakat zur Wahl der Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen mit Angabe der Anzahl unter [IB.info@mgffi.nrw.de](mailto:IB.info@mgffi.nrw.de) bestellen.

### Berufswahl Fahrplan

Die Bundesagentur für Arbeit hat einen Berufswahl Fahrplan herausgegeben, der nun auch in türkischer Sprache zur Verfügung steht.

Der Berufswahl Fahrplan gibt eine Übersicht darüber, wie man sich auf die Bewerbung auf einen Ausbildungsplatz oder für eine weiterführende Schule am besten vorbereitet und wo man weitere Informationen erhält.

Deutsch: [http://www.planet-beruf.de/fileadmin/assets/PDF/PDF\\_Checklisten/berufswahlfahrplan\\_2009.pdf](http://www.planet-beruf.de/fileadmin/assets/PDF/PDF_Checklisten/berufswahlfahrplan_2009.pdf)  
Türkisch: [http://www.planet-beruf.de/fileadmin/assets/PDF/PDF\\_Checklisten/berufswahlfahrplan\\_2009\\_tuerk.pdf](http://www.planet-beruf.de/fileadmin/assets/PDF/PDF_Checklisten/berufswahlfahrplan_2009_tuerk.pdf)

## Pressemitteilungen

### Pressinformation des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration v. 25.01.10

Integrationsratswahlen am 7. Februar 2010 – Minister Armin Laschet: „Zugewanderte stärker in die kommunalen Entscheidungsprozesse einbinden“

„Ein zentrales Anliegen unseres Landes ist es, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mehr politische Teilhabe zu eröffnen. Deshalb hat der Landtag am 24. Juni 2009 das Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden beschlossen“, sagte heute (25. Januar 2010) Integrationsminister Armin Laschet im Rahmen der Pressekonferenz zusammen mit dem Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen, Herrn Tayfun Keltek, in Düsseldorf.

Minister Laschet: „Das Entscheidende bei der neuen Regelung ist: Ohne die Kompetenzen der Kommunalparlamente zu beschneiden, stärkt es die politische Partizipation und damit auch die Bedingungen für die Integration in den Kommunen.“ So können jetzt in den Integrationsgremien neben den direkt gewählten Migrantenvetretern zusätzlich auch Ratsmitglieder, die vom Stadt- oder Gemeinderat der Kommune entsandt werden. „Mit dieser Regelung werden die Arbeit der Integrationsgremien und die Arbeit der kommunalen Parlamente besser miteinander verzahnt“, so Laschet.

Das neue Gesetz ermöglicht den Kommunen entweder einen Integrationsrat oder - alternativ - einen Integrationsausschuss, in dem die Ratsmitglieder die Mehrheit haben müssen, einzurichten. Der Minister unterstrich, dass beide Seiten profitieren: „Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, weil sie nun über ein Gremium verfügen, in dem sie mitbestimmen können. Und auch die kommunalen Mandatsträger, weil sie von diesem Gremium nicht ausgeschlossen sind, sondern mit am Tisch sitzen.“

Neu ist auch, dass sich jetzt auch bereits Eingebürgerte in die Integrationsgremien wählen lassen können. „Ein Resultat dieser neuen Regelung ist schon sichtbar: Im Vergleich zu den vorherigen Wahlen kandidieren diesmal auch sehr viele junge Menschen“, sagte Laschet. „Es war höchste Zeit, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker in die kommunalen Entscheidungsprozesse eingebunden werden.“

Wahlberechtigt sind nicht nur ausländische Staatsbürger, sondern auch Aussiedler. Der Minister appellierte an die Eingebürgerten Wahlberechtigten sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen, um an der Wahl teilzunehmen. Das aktive Wahlrecht für Eingebürgerte gilt bis fünf Jahre nach der Einbürgerung.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Telefon 0211 8618-4338.

## **Pressinformation des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration v. 22.01.10**

### **Spendenaktion „Nordrhein-Westfalen hilft Haiti“ löst Riesenecho aus**

Innerhalb von nur 48 Stunden haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen 140.000 Euro für Haiti gespendet. Auf den Aufruf von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zugunsten der zehn großen in Nordrhein-Westfalen ansässigen Hilfsorganisationen haben tausende Menschen zum Teil auch kleine Beträge gespendet. Mit der gemeinsamen Kontonummer 12344 bei der Sparkasse Köln-Bonn (BLZ 370 501 98) kann sowohl für unmittelbare Nothilfe als auch für den Wiederaufbau gespendet werden. Die Erfahrung der in Nordrhein-Westfalen ansässigen so unterschiedliche Hilfswerke bündelt die Kompetenz aus Nordrhein-Westfalen. An der Hilfsaktion beteiligen sich die Hilfswerke action medeor, Arbeiter Samariter Bund, CARE Deutschland e.V., Deutsche Welthungerhilfe e.V., HELP - Hilfe zur Selbsthilfe e.V., Kindermissionswerk „Die Sternsinger“, Kindernothilfe, Malteser, MISEREOR und UNICEF.

Der die Aktion koordinierende Integrationsminister Armin Laschet kündigte an, dass auch Vereine, Verbände und Persönlichkeiten aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen „Nordrhein-Westfalen hilft Haiti“ unterstützen wollen. Die Sparkassen im Rheinland und in Westfalen werden in ihren Filialen mit Plakaten und Handzetteln werben. Nicht nur Traditionsvereine, sondern auch die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA), ein Zusammenschluss türkeistämmiger Organisationen sowie die vier türkischen Generalkonsule in Nordrhein-Westfalen hätten sich der Aktion „Nordrhein-Westfalen hilft Haiti“ angeschlossen. Innenminister Ingo Wolf und Integrationsminister Armin Laschet haben die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister aller 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen angeschrieben und um Unterstützung der Aktion gebeten.

„In der Nothilfe steht Nordrhein-Westfalen zusammen, die Hilfsorganisationen ebenso wie die Menschen“, sagte Laschet.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Telefon 0211 8618-4338.

## **Pressinformation der Stiftung Leben ohne Rassismus v. 19.01.10**

### **Grundsatzentscheidung zum Antidiskriminierungsrecht - OLG Köln spricht dunkelhäutiger Familie 5000 EUR Entschädigung wegen Diskriminierung bei der Wohnungssuche zu**

Das Oberlandesgericht (OLG) Köln gab heute im Berufungsverfahren der Klage einer dunkelhäutigen Familie, die bei der Wohnungssuche benachteiligt wurde, statt. Zuvor hatte das Landgericht Aachen die Klage abgewiesen. In dieser wegweisenden Entscheidung des OLG wurde die beklagte Hausverwaltung zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 5000,- € verurteilt. Die Stiftung „Leben ohne Rassismus“ und das Gleichbehandlungsbüro (GGB) Aachen unterstützen diese Klage, um zukünftig von Diskriminierung Betroffenen den Klageweg zu erleichtern.

Die Klage der Familie gegen die Benachteiligung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz wurde durch das Landgericht (LG) Aachen mit der Begründung abgewiesen, die Hausverwaltung sei nicht die richtige Beklagte. Es verneinte gleichzeitig einen Auskunftsanspruch bezüglich der Eigentümer des Hauses. Dagegen legten die Kläger Berufung beim OLG Köln ein. Im Laufe der Verhandlung vor dem OLG hat die Hausverwaltung die Benachteiligung zugestanden. Das diskriminierende Verhalten der handelnden Hausmeisterin sowie der Mitarbeiterin der Hausverwaltung rechnet das OLG der Beklagten bereits nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zu. Im Unterschied zum LG Aachen erübrigt daher sich eine Anwendung der Vorschriften des AGG. Die Richter stützen das Klagebegehren auf eine erhebliche Verletzung des

allgemeinen Persönlichkeitsrechts und der Menschenwürde aus den Vorschriften des BGB. Der Auskunftsanspruch wurde für erledigt erklärt, weil die Beklagte die Anschriften der Eigentümerinnen mitgeteilt hatte.

Auch wenn das AGG letztlich nicht zur Anwendung gekommen ist, ist davon auszugehen, dass die Existenz des AGG den Rechtsschutz gegen Diskriminierungen grundsätzlich verbessert hat. Auch zur vorliegenden Entscheidung wäre es möglicherweise vor Inkrafttreten des AGG insbesondere bezüglich der Höhe der zugesprochenen Entschädigung nicht gekommen. Diese Entscheidung eröffnet zukünftig Menschen, die bei der Wohnungssuche benachteiligt werden, bessere Möglichkeiten, dagegen juristisch vorzugehen.

Die Notwendigkeit der Rechtshilfe durch die Stiftung wird durch diesen Fall bestätigt. Ohne deren Unterstützung können Betroffene ihre Rechte nur in seltenen Fällen bei entsprechenden finanziellen Mitteln geltend machen.

Kontakt:

Hartmut Reiners, ARIC-NRW e.V., Duisburg (0203 2969499)

Isabel Teller, GBB-Aachen (0241 49000)

## **Pressinformation der Staatsministerin Maria Böhmer v. 26.01.10**

"Nötig ist eine nationale Kraftanstrengung für eine bessere Bildung der Migranten"

"Die aktuellen Zahlen aus dem Mikrozensus belegen: Integration ist eine Schicksalsfrage für unser Land. Denn während die Gesamtbevölkerung in Deutschland abnimmt, steigt die Zahl der Menschen aus Zuwandererfamilien. Zugleich ist die Gruppe der Migranten auch deutlich jünger als der Schnitt der deutschen Bevölkerung. Deutschland wird also vielfältiger. Umso wichtiger ist eine engagierte und nachhaltige Integrationspolitik." Das erklärte Staatsministerin Maria Böhmer zu heute vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen aus dem Mikrozensus. Danach hatten im Jahr 2008 insgesamt 15,6 Millionen der 82,1 Millionen Einwohner einen Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 19 Prozent. Im Vergleich zu 2007 ist die Zahl der Migranten in Deutschland um 0,3 Prozent gestiegen.

"Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserem Land. Voraussetzung dafür sind gute deutsche Sprachkenntnisse sowie eine qualifizierte Bildung und Ausbildung. Doch gerade die Bildungssituation der Migranten ist nach wie vor alarmierend", erklärte Böhmer. Laut Statistischem Bundesamt haben 14,2 Prozent der Migranten keinen Schulabschluss - im Vergleich zu 1,8 Prozent der deutschen Bevölkerung. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Berufsausbildung: 44,3 Prozent der Zuwanderer fehlt ein beruflicher Abschluss. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind es 19,9 Prozent. "Nötig ist eine nationale Kraftanstrengung für eine bessere Bildung von Migranten", betonte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. "Hier sind vor allem die Länder gefordert. Sie haben im Nationalen Integrationsplan zugesagt, die Leistungen der ausländischen Schüler denen der deutschen bis 2012 anzugleichen sowie die Quote der Schulabbrecher zu halbieren. Davon sind wir noch meilenweit entfernt, wie die aktuellen Zahlen belegen. Deshalb appelliere ich an die Länder, Schulen mit einem hohem Migrantenanteil konsequent stärker zu unterstützen. Die Jugendlichen aus Zuwandererfamilien dürfen unter keinen Umständen die verlorene Generation sein", so Böhmer.

Dies ist der Infobrief des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Der Infobrief informiert Sie regelmäßig über die Arbeit des Integrationsbeauftragten und gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Veröffentlichungen zu integrationspolitischen Themen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abonnement kann jederzeit unter [austragnews.integrationsbeauftragter@mgffi.nrw.de](mailto:austragnews.integrationsbeauftragter@mgffi.nrw.de) abbestellt werden.